Zugestellt durch Post.at

Nummer 3, September 2011

TRIEBEN AKTIV

www.zukunft-trieben.at

STEIRISCHE VOLKSPARTEI

Editorial	Seite 2	Weiterbetrieb der Sauna	Seite 4
Kontrolle	Seite 2	Die Teichanlage	Seite 5
Spaltung bei der PULT	Seite 2	Aus für den Wohnungssprechtag	Seite 5
Ein dunkles Kapitel	Seite 3	Verwaltungspanne bei Musikschule	Seite 6
Aufsichtsbeschwerde	Seite 4	Eichen geschlägert	Seite 7
		Maibaum umschneiden	Seite 8

EDITORIAL

Liebe Triebenerinnen und Triebener!

Während der vergangenen drei Monate, seit unserer letzten Ausgabe, ist es in der Weltpolitik sehr turbulent zugegangen, was sie ja aus den Medien zur Genüge erfahren konnten.

Das Wetter war bis Mitte August miserabel und hat uns dann einige Tropentage beschert.
In der Gemeindepolitik hat es einige bemerkenswerte Änderungen gegeben.
Der Bürgermeister ist sattelfest geworden. Seit dem Ausscheiden des Stadtrates Gottstein gibt es auf SPÖ Seite nur mehr eine Einheitsmeinung.
Bei den Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat und Stadtrat kann die SPÖ jeden Beschluss, zu dem sie keine zwei Drittel Mehrheit benötigt, durchbringen. Und davon macht sie ausreichend Gebrauch, denn es ist ihr gutes Recht. Wir als Opposition haben nur die Möglichkeit, jene Punkte, denen wir nicht zustimmen können, mittels unserer Zeitung an die Öffentlichkeit zu bringen, damit diese über das wahre Geschehen in der Gemeinde informiert wird. Bei der Lektüre des Berichtes des Bürgermeisters (Auf ein Wort) in der Gemeindezeitung fällt mir auf, dass dieser bei strittigen Punkten oft nur die halbe Wahrheit sagt. Sie können sich selbst im Inneren unserer Zeitung davon überzeugen. Wir werden auf jeden Fall auch in Zukunft unserem Motto treu bleiben, Dinge an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen, die in der Gemeindezeitung nicht zu lesen sind.
Ihr **Dieter Harzl**

Vizbgm. DI Dieter Harzl

Kontrolle

Dies ist die wichtigste Aufgabe der Opposition im Gemeinderat. Wird nicht entsprechend kontrolliert, so kann dies böse Folgen haben, wie ein jüngstes Beispiel aus unserer Gemeinde zeigt. So muss sich ein ehemaliger Obmann des Prüfungsausschusses des Gemeinderates
demnächst vor Gericht als einer von zwei Beschuldigten verantworten, dass er seine Pflichten verletzt und so zum Finanz skandal der Gemeinde beigetragen habe.
Das klingt für den juridisch nicht versierten Normalbürger eigenartig. Ausgerechnet jener Mann, der zum Skandal am wenigsten beigetragen hat, muss sich der Anklage, seine Aufsichtspflichten verletzt zu haben, stellen. Wo bleiben da die übrigen Vorstandsmitglieder und gar die Beamten der Aufsichtsbehörde? Ihnen muss man wohl glauben, als ausgewiesene Spezialisten die getürkten Jahresabschlüsse nicht durchschaut zu haben. Der Obmann des Prüfungsausschusses bleibt da als Bauernopfer zurück. Da kann man nur im Sinne der Gerechtigkeit auf einen Freispruch hoffen.

Spaltung bei der PULT

Seit Monaten kursierten Gerüchte, dass die Chemie zwischen den beiden Gemeinderäten der PULT nicht stimme. Dies hatte zur Konsequenz, dass vor einigen Wochen Herr Siegfried Mösinger zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Der bisherige Vorsitzende, Herr Ing. Karl Zöch zog daraus die Konsequenzen und schied aus der PULT aus. Er wird auch künftig als freier Mandatar im Gemeinderat vertreten sein.

Ein dunkles Kapitel der Vergangenheit

Der Gemeindevorstand hat in einer Sitzung gegen die Stimme des ÖVP Mandatars beschlossen, die Pacht für den Flugplatz in der Höhe von jährlich rd. € 4.200 bis zum Jahr 2025 zu bezahlen.

Mit großer Verwunderung haben wir im Bericht des Bürgermeisters „Auf ein Wort", seinen Beitrag über den Vertrag mit dem UNION Segelfliegerclub und der Familie Klarmann gelesen. Mit großer Verwunderung deshalb, da es sich um ein Thema handelt, das im Gemeindevorstand abgehandelt wurde, der Vertraulichkeit unterliegt und nach der Gemeindeordnung nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden darf.

Wir möchten daher auch unseren Standpunkt dazu darlegen.

Zu Beginn seiner Ausführungen in der Gemeindezeitung über dieses Kapitel spricht der Bürgermeister von einem Vertragswerk für die Nutzung des Flugplatzgeländes zwischen Gemeinde, Segelfliegerclub und Familie Klarmann. Schon dies ist unrichtig, denn es hat nie einen Vertrag zwischen Gemeinde und Segelfliegerclub gegeben, sondern ausschließlich mit der Familie Klarmann.

Aber nun zur Entwicklung dieser Geschichte:

Im Jahre 1968 wurde zwischen der Gemeinde Trieben und Herrn Max Klarmann ein Benützungsvertrag für einen zu errichtenden Flugplatz beschlossen. Darin wird das Benützungsrecht an die Segelflieger weitergegeben. Als Benützungsgebühr werden jährlich 12.000 Schilling genannt, wobei auf die VMAG 5.000 und auf die Gemeinde 7.000 entfielen. Dieser Vertrag wurde allerdings dem Gemeinderat nie zur Genehmigung vorgelegt.

Im Jahre 1983, in dem der Flugplatz auf Grund des Autobahnbaues umgebaut werden musste schloss man einen Zusatzvertrag ab, der mit Ende des Jahres 2000 befristet war und auch vom Gemeinderat genehmigt wurde. Daran knüpft sich die juridische Frage, ob damit der ursprüngliche Vertrag automatisch in Kraft trat.

Im Jahre 2000 wurde vom Bürgermeister Weissenbacher ein neuerlicher Vertrag, der bis zum Jahr 2025 laufen sollte, abgeschlossen. Auch dieser entbehrt einer Beschlussfassung des Gemeinderates und ist damit ungültig. Der Bürgermeister hat in seiner Darstellung offenbar vergessen, auf diesen wichtigen Punkt hinzuweisen. Unserer Meinung nach gibt es daher keinen gültigen Vertrag, da er nur von einem dafür nicht zuständigen Organ (Bürgermeister) abgeschlossen wurde. Einer eventuellen Klage könnte daher die Gemeinde mit Zuversicht entgegenblicken. Auch Jahre lang gezahlte Zulagen an Gemeindebedienstete wurden gestrichen, da sie von einem dazu nicht befugten Organ (Vorstand) beschlossen worden waren. Dass der Bürgermeister einen Rechtsstreit scheut, bei dem die Gemeinde die besten Chancen hätte zu gewinnen, muss wohl andere Gründe haben, die im Dunkel der Vergangenheit verborgen sind. Als Tatsache bleibt bestehen, dass wir bis zum Jahre 2025 jährlich rd. € 4.200 berappen müssen.

Aufsichtsbeschwerde

Herr Vizebürgermeister Harzl hat wegen der Aufnahme eines zusätzlichen Mitarbeiters im Bereich Wasser und Kanal an die FA7A eine Sachverhaltsdarstellung wegen der erhöhten Personalkosten übermittelt. Daraus wurde von der Fachabteilung eine Aufsichtsbeschwerde gemacht.

Der Bürgermeister hat in der letzten Gemeindezeitung über die weitere Aufnahme eines Mitarbeiters zu den bestehenden beiden für den Bereich Wasser und Kanal berichtet. Die ÖVP Fraktion hatte dies im nicht öffentlichen Teil einer Gemeinderatssitzung mit der Begründung abgelehnt, dass wir uns angesichts des hohen Abganges im Budget nicht noch zusätzliche Personalkosten aufbürden könnten. Wasseruhren müssten nicht unbedingt von eigenen Leuten eingebaut werden, es gäbe ja auch die Fremdleistung, so wie das von den meisten Gemeinden gehandhabt wird.

Wir fühlen uns einem strikten Sparkurs verpflichtet und zwar dort, wo es den Bewohnerinnen und Bewohnern am wenigsten wehtut. Aus diesem Grund haben wir eine Sachverhaltsdarstellung an die Aufsichtsbehörde der Landesregierung, die FA7A mit der Absicht geschickt, dass diese eingreife und eine Erhöhung der Personalkosten verhindere.

Die FA7A hatte aber in einer von uns nicht erwarteten Form reagiert: so wurde die Sachverhaltsdarstellung in eine Aufsichtsbeschwerde umgewandelt, mit dem Hauptpunkt, dass der Tagesordnungspunkt nicht in öffentlicher Sitzung abgehandelt wurde. Da von der Opposition kein Antrag gestellt worden sei, diesen Punkt in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln, könne der Beschwerde nicht stattgegeben werden. Die Begründung des Bürgermeisters, warum ein weiterer Mann aufgenommen werden soll, wurde als bare Münze hingenommen und nicht hinterfragt. Dieses Verhalten der Aufsichtsbehörde erklärt auch die Fehler der Vergangenheit. Die Beamten, die für die Kontrolle zuständig sind, verschanzen sich hinter Paragraphen und formalen Floskeln. So hatte man es in der Vergangenheit für nicht notwentig erachtet, die getürkten Jahresabschlüsse der Stadtgemeinde näher zu überprüfen, da diese meist einen Überschuss aufwiesen.

Weiterbetrieb der Sauna

Aus der Gemeindezeitung war zu erfahren, dass die Sauna weiter betrieben wird. Dies wird vor allem die Besucher dieser Einrichtung freuen. Die ÖVP war ja ursprünglich aus Kostengründen gegen eine Weiterführung. Daraufhin wurde eine Evaluierung für Ende Juni vereinbart und auch durchgeführt. Dieses 12 seitige Elaborat, verfasst vom Herrn Finanzreferenten Knoll, wurde am 7. August in der Sitzung um 16:00 Uhr dem Stadtrat präsentiert. Dazu ist anzumerken, dass die Einladung zur Sitzung am Freitag dem 5. August per Email um die Mittagszeit zugestellt wurde. Am Tag der Sitzung hat man kein Einsichtsrecht, also hat Herr Harzl, diese Evaluierung mit der Begründung abgelehnt, dass man innerhalb von 10 Minuten sich nicht mit dem Inhalt vertraut machen könne. Herr

Knoll hat sich mit dieser Evaluierung sehr viel Mühe gegeben. Ob sich seine angenommenen Kosten als richtig herausstellen wird die Zukunft zeigen. In Triebnen AKTIV vom Dezember 2010 über die Sauna heißt es: „dies schließt aber eine Führung der Sauna auf privater Basis nicht aus". Dieser Gedanke ist jetzt teilweise verwirklicht worden, indem Personen gefunden wurden, die auf freiwilliger Basis und unentgeltlich teilweise das Kassieren und die Aufsicht übernehmen werden.

Die Teichanlage: ein Paradies von Trieben

Eine Brücke der Teichanlage ist gesperrt, die Holzteile der gesamten Anlage wurden seit der Neukonstruktion nie mit einem neuen Schutzanstrich versehen. Wann nimmt man sich endlich dieser Sache an?

So lautete ein Titel in der Novemberausgabe 2006 von „Trieben Aktiv". Inzwischen sind 5 Jahre vergangen und der Zahn der Zeit nagt an der Anlage. Sehr zum Missfallen vieler Besucherinnen und Besucher ist eine Brücke gesperrt. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass die Trägerbalken beim Auflager angemorscht sind und deren Erneuerung angeblich € 5000 koste. Geld für die Reparatur sei keines vorhanden. Eine von einem Nachbarn vorgeschlagene, wesentlich billigere Reparaturvariante wurde bis dato nicht verfolgt. Auch die anderen Holzkonstruktionen befinden sich in einem beklagenswerten Zustand. Sie sind seit der Neukonstruktion noch nie mit einem Schutzanstrich versehen worden und mit Flechten und Moosen überzogen. Es wird daher nicht mehr lange dauern, dass auch diese Teile morsch sind und erneuert werden müssen. Auf die Idee, Ferialpraktikanten für Anstricharbeiten kostengünstig einzusetzen, ist man leider nicht gekommen. Die gute Pflege der Teichanlage täuscht darüber hinweg, in welch beklagenswertem Zustand sich die Holzteile befinden.

Es ist unverständlich, wie man einen der schönsten Orte von Trieben aus angeblichen Geldmangel so verkommen lässt, während man auf der anderen Seite großzügig Geld ausgibt, das man ebenfalls nicht hat. Da wird man unverzüglich an die Vergangenheit erinnert.

Aus für den Wohnungssprechtag

Nach den GR Wahlen im Jahre 2009 wurde auf Anregung des damaligen Stadtrates Stefan Gottstein der Wohnungssprechtag eingeführt, der dann in der Folge an jedem zweiten Montag in der Zeit von 17:00-18:00 Uhr von den beiden Herren Gottstein und Harzl abgehalten wurde. Sinn des Ganzen war, Wohnungssuchende zu registrieren, ihre Wünsche aufzunehmen und gelegentlich auch gleich Wohnungen, so weit vorhanden, zu vergeben. Dies hat so lange, als Herr Gottstein Stadtrat war, funktioniert.

In der Folge, nach seinem Rücktritt, war dem nicht mehr so. Es wurde kein Nachfolger nominiert und Harzl mutierte zum bloßen Datenaufnehmer, der auf Grund fehlender Unterlagen nicht einmal richtig informieren konnte. Die Leute gingen da lieber zum Bürgermeister oder zum Stadtamtsdirektor, um ihre Wünsche vorzutragen. Auch bei der Wohnungsvergabe selbst wurde man immer mehr vor vollendete Tatsachen gestellt. Eigentlich kein Wunder. Warum sollte man in einer so wichtigen und einflussreichen Sache, welche die Wohnungen einmal sind, auch noch die Opposition fragen. Die so genannte Zusammenarbeit, die man ursprünglich angestrebt hatte, geriet immer mehr zur Hülle ohne Inhalt. Ich habe daraus die Konsequenz gezogen, und halte keine Sprechtage mehr ab.

Verwaltungspanne bei Musikschule

Unser Bürgermeister versuchte vergeblich Musikschulbeiträge von € 74.000,- von der Stadtgemeinde Rottenmann nachzufordern. Nun sollte das verweigerte Geld auf gerichtlichem Wege eingetrieben werden. Die VP- Fraktion stellte sich gegen die Einbringung einer Klage und sprach sich für weitere Verhandlungen mit Rottenmann aus. Die Prüfung des entsprechenden Vertrages bringt jetzt Trieben in Zugzwang.

In den vergangenen Jahren hatte es sich eingebürgert, dass die Stadtgemeinde Trieben den jährlichen Abgang der Musikschule aus eigener Tasche bezahlte, obwohl lt. Vertrag eine Aufteilung der Kosten mit Rottenmann im Verhältnis der Schülerzahlen vorgesehen ist.
Für das Jahr 2010 bezahlte Rottenmann den vorgeschriebenen Betrag, weigerte sich aber, die im Schreiben vom 13.12.2010 geforderte Nachzahlung in der Höhe von € 74.369,- für die Jahre 2007 bis 2009 zu begleichen. Verhandlungen zwischen beiden Bürgermeistern blieben fruchtlos.
Diese Angelegenheit kam deshalb auf die Tagesordnung unserer letzten GR Sitzung, in der beschlossen werden sollte, eine Klage einzubringen.
Die VP Fraktion stellte sich gegen dieses Ansinnen. Schließlich bot sich die VP-Fraktion an, eigene Verhandlungen mit Rottenmann aufzunehmen und die bisher guten Beziehungen mit der Nachbargemeinde nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.
Dieser Vorgehensweise wurde vom Gemeinderat gut geheißen.
In der Folge forderte Herr GR Lapp eine Kopie des Vertrages mit der Stadtgemeinde Rottenmann, betreffend die Musikschule Paltental, an. Darin kann man äußerst interessante Dinge lesen, die die ganze Sache in einem anderen Licht erscheinen lassen. So heißt es in Punkt 4:

Zur Besorgung der gemeinschaftlichen Geschäftsführung wird unter Hinweis auf
§ 49 der Stmk. Gemeindeordnung…usf. ein Verwaltungsauschuss bestellt.
Diesem Ausschuss gehören je 3 GR Mitglieder beider Stadtgemeinden an. Die Gemeinden wählen einen Obmann als Vorsitzenden und wechseln sich alle zwei Jahre im Vorsitz ab.
Dem Verwaltungsausschuss obliegen folgende Aufgaben:

b) die organisatorische und verwaltungsmäßige Führung
c) die Vorberatung aller Personal und Gebührenangelegenheiten
d) die Genehmigung von Ausgaben, so weit sie nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen.
e) Die Erstellung des Voranschlagsentwurfes sowie die Erstellung des Rechnungsabschlusses
f) Die Überwachung der Voranschlagsansätze.

Dazu zwei grundlegende Fragen:

1. Warum ist die Gründung einer Verwaltungsgemeinschaft, obwohl vertraglich vorgeschrieben, nie in die Tat umgesetzt worden?

2. Warum zieht man eine Klage in Erwägung, obwohl die vertraglich vorgeschriebenen Satzungen nicht eingehalten wurden. Hat man die etwa gar nicht gelesen?

Folglich erwarten wir:

1. Der Bürgermeister hat unverzüglich den in den Satzungen der Musikschule Paltental vor gesehenen Verwaltungsausschuss zu gründen.

2. Nach vorgehender Beratung mit diesem Ausschuss sind die rückständigen Beträge im Verwaltungsverfahren einzufordern.

Eine Klagseinbringung hätte wohl zur Folge, dass sich das Gericht für unzuständig erklärte, da es sich um ein Verwaltungsverfahren handelt. Wir würden daher unseren verantwortlichen Herren dringend empfehlen, bestehende Verträge eingehend zu studieren, bevor man Schnellschüsse abgibt.

Ein Triebener Beitrag zum Habsburger Begräbnis

Auf angebliche Anordnung seitens der Landesregierung und BH wurden die beiden Eichen an der Kreuzung Tauernstraße – Wolfsgrabenstraße gefällt. Von der Bevölkerung wurde das mit Missfallen aufgenommen.

Fast zeitgleich mit dem Begräbnis von Otto Habsburg wurden die beiden Eichen im Kreuzungsbereich Triebener Tauernstraße-Wolfsgrabenstraße entfernt. Dies hat unter großen Teilen der Bevölkerung unserer Stadt großes Erstaunen und auch Erbitterung hervorgerufen, besonders als man nach der Fällung feststellen konnte, dass die beiden Stämme vollkommen gesund waren. Beide Eichen wurden im Jahre 1884, anlässlich der Hochzeit des Kronprinzen Rudolf mit der Prinzessin Stephanie von Belgien gepflanzt und waren daher eine Art historisches Denkmal. Wie daraus ein Naturdenkmal gemacht wurde, wofür der Naturschutz zuständig ist, kann nicht nachvollzogen werden.

Der Bürgermeister behauptet in der jüngsten Ausgabe der Gemeindezeitung, den Auftrag zur Fällung der beiden Eichen auf Weisung der BH Liezen und der Fachabteilung13C der Stmk. Landesregierung, zuständig für Naturschutz, erteilt zu haben. Herr Vzbgm. Harzl recherchierte auf Grund zahlreicher Anrufe bei der zuständigen FA. Nachstehend wird der Emailverkehr wiedergegeben:

Sg. Damen und Herren!
Im Ortsgebiet von Trieben sind im vergangenen Monat zwei Eichen gefällt worden, die ein historisches Denkmal waren. Sie wurden nämlich anläßlich der Vermählung des Kronprinzen Rudolf im Jahre 1884 gesetzt. Dies soll lt Auskunft des Bürgermeisters auf eine Intervention Ihrer Fachabteilung hin geschehen sein, mit der Begründung, dass Gefahr im Verzug sei. Dies hat bei der Bevölkerung großen Unmut hervorgerufen, besonders als man sehen konnte, dass die Stämme, von ein paar dürren Ästen abgesehen, vollkommen gesund waren. Es wäre meiner Ansicht nach die Aufgabe ihres Referates, die Umwelt zu schützen.

Mich als 2. Vizebürgermeister , an den viele Fragen herangetragen werden, würde interessieren, wie so eine Barbarei zustande kommen konnte.

Mit freundlichen Grüßen Dieter Harzl

Sehr geehrter Herr DI Harzl!
Bei einem Ortsaugenschein im Juli 2011 wurde bei den beiden Eichen ein starker Totholzanteil bzw. Wipfeldürrheit (regeneriert sich zurück) festgestellt. Der Bezirksnaturschutzbeauftrage Mag. Klapf hatte diese Mängel bereits im Juli 2011 festgehalten und eine Sanierung nach den Gesichtspunkten eines Naturdenkmales für nicht mehr möglich gehalten.

Die 1. Eiche im Kreuzungsbereich wurde schon vor Jahren so stark zurückgeschnitten, dass man von einem Naturdenkmal nicht mehr ausgehen konnte.
Die 2. Eiche unter der sich eine Bank befindet hatte die oben beschriebenen Mängel.
Dies wurde dem Bürgermeister durch die Naturschutzreferentin der BH Liezen mitgeteilt, worin sie den Bürgermeister (Gemeinde ist Besitzer des Grundstückes) aufforderte die Bäume aufgrund von „Gefahr in Verzug“ (Sicherheit von Personen im Bereich der Bäume) so zu **beschneiden,** dass sich keine Gefahrenpunkte mehr ergeben können.

Diese Möglichkeit zur einfachen Erhaltung von Bäumen (durch die Mängel sind beide Eichen kein Naturdenkmal mehr) wurde vom Bürgermeister aufgrund fehlender geeigneter Geräte bzw. da keine Mitteln für eine Beschneidung durch eine geschulte Person vorhanden wären, abgelehnt.

Daraufhin wurde beschlossen die Bäume zu entfernen und empfohlen einen neuen Baum zu pflanzen.

Ich hoffe ihnen damit weiter geholfen zu haben.
Mit freundlichen Grüßen Robert Hudler, Fachabteilung 13C Naturschutz

Daraus geht eindeutig hervor, wer für die Fällung verantwortlich ist. Es ist wohl eine billige Ausrede des Bürgermeisters, dass weder Personen, noch Mittel für eine fachgerechte Beschneidung zur Verfügung gestanden seien. Solche Argumente können bei der Bevölkerung nur Kopfschütteln hervorrufen.

Maibaum umschneiden in St. Lorenzen

Am 13. August 2011 fand in St. Lorenzen das traditionelle Maibaum umschneiden statt. Dies ist eine Veranstaltung des Schiclubs St. Lorenzen-Trieben, der mit dem Erlös dieses Festes einen Teil seiner Aktivitäten finanziert. Der Schiclub wurde im Jahre 1961 unter seinem ersten Obmann Julian Pölsler gegründet, hat derzeit fast 600 aktive und unterstützende Mitglieder und ist der fünftgrößte Club dieser Art in der Steiermark. Der derzeitige Obmann, ist Herr Gernot Wieser. Die Hauptaktivität des Schiclubs liegt in seiner erfolgreichen Jugendarbeit, was sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart nur durch die aufopferungsvolle Tätigkeit der Funktionäre möglich war und ist.

Das Wetter sah am Vormittag des 13. August traurig aus. Bis um die Mittagszeit regnete es in Strömen. Dann allerdings hellte sich der Himmel auf und bald darauf lachte die Sonne. Ein Musikertrio unter der Leitung von Peter Robert sen. spielte auf und der Platz füllte sich immer mehr mit Besuchern. Für Speisen und Getränke war bestens gesorgt und auch Lose, mit denen der Maibaum zu gewinnen war, wurden verkauft. Nach einigen Stunden, bei bester Stimmung, war es endlich so weit und das Fest sollte seinen Höhepunkt erreichen

Foto: Tiffner

Herr Petter Robert jr., der Spender des Baumes und Herr Vzbgm Dieter Harzl wurden auserkoren, den Baum umzuschneiden. Ob es beabsichtigt war, diese Arbeit mit einer alten rostigen und dazu noch stumpfen Zugsäge auszuführen bleibt dahingestellt. Es war jedenfalls für den Vizebürgermeister, dessen Stärken eher in seinen Beinen liegen, eine ungewohnte Schwerarbeit, die einige Male, zwecks Stärkung durch ein Seidel Bier, unterbrochen werden musste.

Schließlich fiel der Baum dann doch unter dem Beifall der vielen Zuschauer in die richtige Richtung, das anspruchsvolle Werk war vollbracht und es konnte weiter gefeiert werden.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass es die Bevölkerung von St.Lorenzen versteht, Feste zu feiern und auch eisern zusammenhält, wenn es um einen Verein aus ihrer Mitte geht.

Wir gratulieren dazu recht herzlich und wünschen dem Schiclub St. Lorenzen-Trieben für die Zukunft viel Erfolg.

MEHR INFOS
www.zukunft-trieben.at

Wir bedanken uns bei jenen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrer Spende unsere bisherigen Aussendungen ermöglicht haben. Wir bitten Sie, uns auch in Zukunft finanziell zu unterstützen, damit wir Sie weiterhin über das Geschehen in der Gemeindestube informieren können. BLZ / Kontonummer: 38348 / 44.610 Raiffeisenbank Trieben

Für den Inhalt verantwortlich: Vzbgm. DI Dieter Harzl, 8784 Trieben, www.zukunft-trieben.at E-Mail:dieter.harzl@gmx.at